

## DER BEGRIFF "MITTELEUROPA" IM KONTEXT DER GEOPOLITISCHEN VERÄNDERUNGEN SEIT BEGINN DES 19. JAHRHUNDERTS

Arnold SUPPAN, Wien\*

mit 3 Abb. im Text

### INHALT

1.	Vorbemerkung .....	192
2.	Die Entwicklung der Strukturelemente Mitteleuropas seit dem Mittelalter .....	194
3.	Die geopolitischen Veränderungen in Bezug auf Mitteleuropa seit 1815 .....	196
3.1.	Deutscher Bund und Heilige Allianz (1815-1848) .....	196
3.2.	Die Auswirkungen des österreichisch-preußischen Krieges (1866) und des preußisch-französischen Krieges (1870) .....	197
3.3.	Mitteleuropa vor und im Ersten Weltkrieg (1904-1918) .....	199
3.4.	Die Pariser Friedensordnung und der "Cordon sanitaire" (1918-1933) ....	200
3.5.	Hitlers "Großdeutschland" und die Ostexpansion (1933-1945) .....	203
3.6.	Die Teilung Mitteleuropas nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1989) ....	205
4.	Ausblick .....	208
5.	Zusammenfassung .....	209
6.	Literaturverzeichnis .....	210
7.	Summary .....	213

### 1. VORBEMERKUNG

Wie kann der Begriff "Mitteleuropa" definiert werden:

1. *Geographisch?* Als Gebiet zwischen West- und Osteuropa, zwischen Nord- und Südeuropa? Dann wäre darunter das Gebiet zwischen Rhein und Weichsel, zwischen Westalpen und Karpatenbogen, zwischen Ostsee und Adria zu verstehen.

\* Univ.-Doz. Dr. Arnold Suppan, Obmann des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts, A-1010 Wien, Josefsplatz 6

2. *Politisch?* Eine Region läßt sich schwer durch den mehr als einmal zufälligen Verlauf der Staatsgrenzen bestimmen. Zu Mitteleuropa 1914 zählten sicherlich die Österreichisch-Ungarische Monarchie und das Deutsche Reich, dazu wohl auch noch die Niederlande, Belgien, die Schweiz und Russisch-Polen. 1937 bestand das veränderte Mitteleuropa aus Polen, der Tschechoslowakei, aus Ungarn, aus Teilen Rumäniens und Jugoslawiens, aus Österreich, der Schweiz und dem Deutschen Reich. 1945 wurde Mitteleuropa gespalten, in politischer, ideologischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht (HALECKI 1957, S. 98).
3. *Wirtschaftlich?* In Mitteleuropa entwickelten sich eigene Wirtschafts- und Sozialstrukturen mit starken Verflechtungen. Hier unterschied sich seit Jahrhunderten ein westliches von einem östlichen Mitteleuropa, in dem sich - östlich der Elbe, des Böhmerwaldes, der Enns und der Soda seit Beginn der Neuzeit ein eigenes feudales System mit Gutswirtschaft und Großgrundbesitz entwickelte, das die Rolle eines Getreide- und Mastviehlieferanten übernahm, während im westlichen Mitteleuropa zunehmend städtisches Handwerk, Manufakturen und Industrialisierung einzogen.
4. *Kulturell?* Infolge der engen sozialen Kontaktnahmen entstanden kulturelle und zivilisatorische Ähnlichkeiten, die vor allem seit der Barockzeit die mitteleuropäische Welt zwischen Triest und Czernowitz, Freiburg im Breisgau und Kronstadt, Dresden und Agram prägten (SZÜCS 1985).

Hierbei ist Eric J. HOBBSBAWN (1989) beizupflichten, daß sich kulturell die deutschsprachigen Österreicher immer wieder von den "Reichsdeutschen" unterschieden - in den Rechtswissenschaften und in der Nationalökonomie, in der Philosophie und in der Literatur. Und zu dieser Differenzierung trug wesentlich das emanzipierte, gebildete, bürgerliche Judentum im östlichen Mitteleuropa bei, das in Prag, Wien und Budapest, in Krakau, Lemberg und Czernowitz, in Preßburg, Klausenburg und Temesvar, in Agram und Triest die mitteleuropäische Kultur in deutscher Sprache gestaltete und tradierte. Auf Grund ihrer Sprachkenntnisse stellten die Juden auch kulturelle Bindeglieder zwischen den Nationalitäten der Donaumonarchie dar. Umstrittener ist HOBBSBAWNs These, daß "Mitteleuropa" in erster Linie ein *politischer* Begriff sei und dabei drei Varianten feststellbar seien:

- a) Mitteleuropa als großdeutsche Konstruktion oder gar als "großdeutsch-imperialistische".
- b) Mitteleuropa als "Heimweh nach Kakanien" und
- c) Mitteleuropa als Abgrenzung gegenüber Osteuropa bzw. dem Balkan. Hieß Mitteleuropäer zu sein, wirklich etwas "besseres" zu sein, als ein Osteuropäer oder ein Balkanbewohner? Vor 1918 und vor 1945 mag das mentalitätsgeschichtlich in einflußreichen gesellschaftlichen Kreisen zugefallen haben. Die mitteleuropäische Katastrophe zwischen 1939 und 1945 dürfte diese psychologische Klassenbildung nivelliert haben.

Die versuchte Begriffsbildung und die knappe Problematisierung machen bereits deutlich, daß die Entwicklung Mitteleuropas letztendlich in historischen Zusammenhängen betrachtet werden muß, und daß die eventuellen Grundlagen einer Mitteleuropa-Konzeption nur in der Entwicklung der drei großen europäischen Regionen (Westeuropa, Mitteleuropa und Osteuropa) nachzuweisen sind.

## 2. DIE ENTWICKLUNG DER STRUKTURELEMENTE MITTELEUROPAS SEIT DEM MITTELALTER

Mitteleuropa entstand im 10. Jahrhundert, als sich einerseits das Ostfränkische Reich aus der Erbmasse des Reiches KARLS DES GROSSEN herauslöste und Otto I. nach dem Sieg über die Magyaren am Lechfeld ein neues Imperium begründete, andererseits an der Ostgrenze dieses "Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation" (römisch-deutsches Reich) erste christliche Staatenbildungen erfolgten: der Piastenstaat an der Warthe, der Přemyslidenstaat an der Moldau, das ungarische Königreich STEPHANS des Heiligen mit dem Sitz in Esztergom und das kroatische Königreich TOMISLAVs im heutigen Norddalmatien (WOLFRAM 1987). Spätestens seit dem Großen Schisma von 1054 grenzten sich diese katholischen Reiche deutlich vom griechischen Byzanz und dem von Byzanz her missionierten Kiever Reich ab, dessen Fürst VLADIMIR 988 das Christentum angenommen hatte. Im südslawischen Bereich vollzog sich die Trennung zwischen den orthodoxen Serben und den katholischen Kroaten.

Vergleicht man die geopolitische Lage Europas im Todesjahr KARLS DES GROSSEN 814 mit den Ergebnissen der Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam (1943-1945), so könnte man oberflächlich den Eindruck gewinnen, STALIN, CHURCHILL und ROOSEVELT bzw. TRUMAN und ATTLEE hätten sorgfältig die Abgrenzung zwischen Europa Occidens und Europa Oriens aus dem 9. Jahrhundert studiert.

Uns aber interessiert hier die Entwicklung der europäischen Mitte, die sich - wie erwähnt - im 10. Jahrhundert herauszubilden begann. Was waren die wesentlichen Strukturelemente dieser europäischen Mitte im Verlauf von 1000 Jahren? Worin begann sie sich von Westeuropa einerseits, von Osteuropa andererseits zu unterscheiden? Im Verlauf des Mittelalters waren die sozialen, ökonomischen und kulturellen Grenzen zwischen *West- und Mitteleuropa* schwer zu ziehen, auch die politischen Grenzen waren sehr variabel. Geprägt wurden beide Großregionen

1. von einer agrarischen Revolution im Hochmittelalter,
2. von der Ausbildung autonomer Städte mit Stadtrechten, die bis ins Baltikum, an die Weichsel, an den Karpatenbogen und an die Sava übertragen wurden, und
3. von einer dichten Ausbreitung klösterlicher Kultur, die von einer Fülle katholischer Orden getragen wurde.
4. Auch die westliche Auffassung von Vasallität (*fidelitas - felonia*), die Präsenz einer bestimmten menschlichen Würde bei verschiedenen Zeremonien gehörte ebenso zu Mittel- und Westeuropa, wie

5. der Typus des Freibauern, der im späten Hochmittelalter auch in polnische, tschechische, ungarische und südslawische Gebiete verpflanzt wurde. Enge Verbindungslinien gab es weiters
6. über das Römische Recht und
7. über die Gründungen der Universitäten - ausgehend von Italien über Frankreich und England bis Prag 1348, Krakau 1364, Wien 1365 und Fünfkirchen/Pécs 1367 (BOSL 1978).

In den Auseinandersetzungen zwischen Sacerdotium und Imperium eröffnete sich die Möglichkeit für mehrere Königreiche, zu mehr Selbständigkeit zu gelangen, was vor allem die polnischen, böhmischen und ungarischen Herrscher zu nützen wußten. Přemysl OTAKAR II. und BÉLA IV., Karl Robert VON ANJOU, KARL IV. und Władysław ŁOKIETEK repräsentierten den Typus von Reformherrscher, die eine Fülle westlicher Elemente in ihre Gesellschaften einbauten. Aber die westlichen Strukturelemente wurden dennoch nicht tief genug verankert. Die Städte - mit Ausnahme der böhmischen - repräsentierten mehr eine bäuerliche denn eine bürgerliche Freiheit, und der Übergang vieler bäuerlicher Landbesitzer in den Adelsstand in Polen (7-8 %) und in Ungarn (4-5 % der Bevölkerung) sollte sich auf die spätere Entwicklung sehr hemmend auswirken. So war am Ende des Mittelalters in Ungarn jede 20. bis 25. Person ein Adeliger, in Frankreich hingegen nur jede 100.; hingegen war in Frankreich jede 10. Person ein freier Stadtbürger, in Ungarn nur jede 40. bis 50. Person (MAKKAI 1970).

Ausgehend von dieser gesellschaftlichen Basis war die Reaktion auf die erste *Krise des Feudalismus im Spätmittelalter* in Westeuropa und im westlichen Mitteleuropa eine andere als im östlichen Mitteleuropa und in Osteuropa. Die stärker städtisch geprägte Wirtschaft des Westens reagierte auf die Bauernaufstände des 14. und 15. Jahrhunderts mit der Umstellung auf Geldrente und Pacht, während die Bauern Brandenburgs, Polens, Böhmens, des östlichen Österreichs, Ungarns, Kroatiens und Rußlands gegen Ende des 15. Jahrhunderts einer "zweiten Leibeigenschaft" unterworfen wurden. Parallel dazu setzte im Westen seit der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts der Aufbau einer frühneuzeitlichen Weltwirtschaft ein, während 100 Jahre später die Kosaken Sibirien zu erschließen begannen. Zwischen diesen beiden über Europa hinausführenden Expansionsrichtungen erfuhr das östliche Mitteleuropa seit Beginn des 16. Jahrhunderts die Expansionsdrohung seitens des Osmanischen Reiches, die eine stärkere Einbindung der Gesellschaft in militärische Strukturen zur Folge hatte (vgl. die Einrichtung von Militärgrenzen an den Südostgrenzen des habsburgischen und des polnischen Reiches).

Auf den ersten Blick trug der *Absolutismus* in Frankreich, Österreich und Preußen durchaus vergleichbare Züge, vor allem im Aufbau einer Bürokratie und im Auftreten des Staates als wirtschaftlicher Unternehmer. Aber im Westen wurde damit auch soziale Mobilität freigesetzt, denn der französische König öffnete mit dem Ämterverkauf an Bürgerliche die Entstehung einer "noblesse de robe" und beschränkte somit die Macht der Magnaten entscheidend. Hingegen förderte die ostelbische Gutswirtschaft und die Latifundienbildung in Polen, Böhmen, Ungarn und Slawonien die soziale Stellung der

Junker und Magnaten auf Kosten des vergleichsweise ohnehin schwach entwickelten Bürgertums. Diese Entwicklung entfernte also das östliche Mitteleuropa von der westlichen Entwicklung, sogar von der Entwicklung in den österreichischen Erbländern.

Die sozialen Differenzen werden deutlich, wenn man etwa den Freiheitskampf der Niederländer gegen Spanien mit dem des Fürsten RÁKÓCZI gegen Habsburg vergleicht. Die westliche Entwicklung verlief in Richtung eines *nationalen Absolutismus*, die östliche in Richtung einer *imperialen Autokratie*, wobei sich die Magnaten an ihren alten Privilegien festzuklammern suchten. So glaubten FRIEDRICH II., JOSEF II. und KATHARINA nur durch Reformen "von oben" diese Strukturen aufbrechen zu können, während im Westen der Dritte Stand die Revolution machte (ANDERSON 1979).

### 3. DIE GEOPOLITISCHEN VERÄNDERUNGEN IN BEZUG AUF MITTEL-EUROPA SEIT 1815

Im folgenden werden die geopolitischen Veränderungen seit 1815, sofern sie sich auf "Mitteleuropa" bezogen haben, in sechs Phasen beschrieben. Dabei wird unter "Geopolitik" ein Bezugssystem für Staaten (oder andere politisch relevante Verbände) verstanden, als dessen Elemente die Lage im Raum, die Nachbarschaften, die wirtschaftliche, soziale und militärische Stärke, die Sicherheitsinteressen und die Bündnisse gelten sollen. Geistig-kulturelle Bezugssysteme werden nur ausnahmsweise berücksichtigt.

#### 3.1. Deutscher Bund und Heilige Allianz (1815-1848)

Das von NAPOLEON erzwungene Ende des römisch-deutschen Reiches im Jahre 1806 machte auf dem *Wiener Kongreß* eine politische Neuordnung Mitteleuropas erforderlich, wobei es um die Regelung der polnischen Frage beinahe zu einem Konflikt zwischen den bisherigen Bündnispartnern gekommen wäre. Das "Konzert der Mächte" - England, Rußland, Preußen, Österreich, ab 1818 auch wieder Frankreich - sprachen sich gegen eine bundesstaatliche Neuordnung in der Mitte Europas aus. Man einigte sich auf die Gründung eines "*Deutschen Bundes*" von souveränen Fürstentümern und Städten. Freilich gehörten diesem die preußischen Ostgebiete - West- und Ostpreußen, Posen - ebensowenig an, wie das österreichische Galizien, das Königreich Ungarn und das Königreich Kroatien-Slawonien-Dalmatien. Von den italienischen Gebieten der Habsburgermonarchie wurden nur Triest, Görz-Gradisca und das Trentino aufgenommen, während sich Kaiser FRANZ aus strategischen Gründen gegen eine Aufnahme der Lombardei aussprach und Venetien (mit dem venetianischen Istrien) nicht zum römisch-deutschen Reich gehört hatte. Die "Heilige Allianz" zwischen Rußland, Österreich und Preußen sollte die brüderliche Solidarität der Völker und Herrscher als Grundlage aller Politik in den Außen- und Innenbezügen sehen. METTERNICH ließ aber die Erwähnung der Solidarität der Völker aus dem Text streichen. ZAR ALEXANDERS I. zwi-spältiges Bekenntnis zur Beteiligung der Völker einerseits und zur Autorität der Fürsten als Repräsentanten des Volkswillens andererseits hatte es METTERNICH erleichtert, die im aufklärerischen und liberalen Denken wurzelnde Idee der Heiligen Allianz in eine

Bekräftigung der bisherigen, absoluten Regierungsweise zu verwandeln. Immerhin räumte der Zar dem auf seine Kerngebiete an der Weichsel reduzierten Königreich Polen eine weitgehende Autonomie ein - freilich nur bis zum ersten Aufstand 1830/31 (TOPOLSKI 1985).

Der Deutsche Bund (vgl. Abb. 1a), der für die Mitte Europas ein halbes Jahrhundert friedlicher Entwicklung sicherte, hatte seit der reaktionären Wende von 1819/20 freiheldlichen und nationalen Bestrebungen immer weniger Raum geboten. Doch im Zeitalter des aufsteigenden Bürgertums, der Industrialisierung und der nationalen Idee vermochte der habsburgische Vielvölkerstaat auf diese Weise weder die eigenen Probleme zu lösen, noch der deutschen Entwicklung Wege in die Zukunft zu weisen. Tschechen und Slowenen verweigerten ebenso die Teilnahme an den Beratungen in der Frankfurter Paulskirche (1848-1849) wie die Polen aus der Provinz Posen. Erfolgversprechender war der versuchte Ausgleich der Abgeordneten zum österreichischen Reichstag 1848, die im Kremsierer Verfassungsentwurf von der Gleichberechtigung der Volksstämme ausgingen. Aber der Sieg der Gegenrevolution führte weder zu diesem nationalen Ausgleich in der Habsburgermonarchie noch zu dem vom Ministerpräsidenten SCHWARZENBERG und seinem Handelsminister BRUCK geforderten groß-österreichisch-großdeutschen Siebzig-Millionen-Block in Mitteleuropa. Hingegen hatte Friedrich LIST, der Architekt des Deutschen Zollvereins, bereits 1842 den gewinnbringenden Tausch von Industrieerzeugnissen und Agrarprodukten zwischen dem westlichen und dem östlichen Mitteleuropa erkannt und *eine mitteleuropäische Wirtschaftseinheit unter deutscher Hegemonie* bis ans Schwarze Meer gefordert. Staatskanzler METTERNICH hatte schon frühzeitig die Gefahren dieser Entwicklung für die Stellung Österreichs in Deutschland erkannt. 1850 hatten sich jedoch nicht nur die nord-deutschen Staaten gegen einen Anschluß Österreichs an den Zollverein ausgesprochen, sondern auch der überwiegende Teil der österreichischen Unternehmerschaft, namentlich in Niederösterreich, Kärnten, Steiermark, Böhmen und Mähren. So half auch kein Appell BRUCKs an das "moralische Gewicht eines 70 Millionen Menschen umfassenden Bündnisses" (KOCH 1989, S. 542).

### 3.2. Die Auswirkungen des österreichisch-preußischen Krieges (1866) und des preußisch-französischen Krieges (1870)

Österreich und Preußen standen sich nach 1848 aufgrund der gegenseitigen Blockierung ihrer nachrevolutionären Mitteleuropakonzeptionen immer unverhüllter als Gegner im Machtkampf um Deutschland gegenüber. Der wirtschaftliche Vorsprung Preußens und seine nationale Werbekraft wirkten weiter, während Österreichs Übergang von einer neoabsolutistischen Modernisierungspolitik zum Verfassungsstaat das Nationalitätenproblem auch nicht lösen konnte. Der Sieg der überlegenen Militärorganisation Berlins bei Königgrätz 1866 war aber keineswegs die Durchsetzung des "revolutionären Rechts der souveränen deutschen Nation" - wie es Theodor MOMMSEN einmal formulierte -, sondern die erfolgreiche Durchsetzung des Führungsanspruchs einer Militärmonarchie, die zur Behauptung ihres Machtmonopols die Ausschließung der österreichischen

Mitteleuropa 1820



Mitteleuropa 1910



Abb. 1a-b: Mitteleuropa 1820 und 1910

Deutschen aus dem angestrebten neuen Staatsverband wollte. Max WEBER hatte es im Dezember 1918 analysiert: Das dynastische Österreich war "von Bismarcks Standpunkt aus gesehen eine Veranstaltung, welche die Zugehörigkeit von zehn Millionen Deutschen zum Reich opferte, um 30 Millionen Nichtdeutsche politisch zu neutralisieren" (WEBER 1958, S. 437).

Die Epochenjahre 1866 und 1870 sind in unserer historischen Vorstellung nicht immer klar geschieden. Daher ist auch schwer zu sagen, ob für den Sturz der alten österreichischen und großdeutsch-föderalistischen Herrschaftsordnung in Mitteleuropa und für das Heraufkommen der preußisch-klein-deutschen Vormacht Königgrätz oder Sedan entscheidender waren. Jedenfalls richtete der Ausgleich Kaiser FRANZ JOSEPHs mit der ungarischen Gentry 1867 in der Habsburgermonarchie eine deutsch-ungarische Doppelherrschaft ein, die zu Lasten der slawischen Bevölkerungsteile ging. Und jedenfalls faßte die Wiener Regierung schon 1871 einen beherrschenden Mitteleuropablock durch das Zusammengehen mit Preußen-Deutschland ins Auge und erhoffte sich eine Förderung ihrer Balkaninteressen durch BISMARCK. Wenn auch Tschechen, Polen und Südslawen die Okkupation Bosniens und der Herzegowina mehrheitlich begrüßten, um das slawische Bevölkerungselement in der Doppelmonarchie zu stärken, waren es vor allem die Tschechen, welchen die außenpolitische Bindung an Deutschland im Zweibund mißfiel (obwohl größere Teile der aus Böhmen exportierten Waren über die Elbe nach Hamburg verschifft wurden).

Die überwiegende Mehrheit der politischen Gruppierungen bei den Tschechen - vor allem die Agrarier, die Sozialdemokraten und die Klerikalen - beharrten auch weniger auf dem böhmischen Staatsrecht gegenüber Wien, sondern forderten vielmehr den Kampf um die Teilnahme an der Macht im Großstaat Österreich. Hingegen schrieb eine deutsch-böhmische Zeitung bereits 1912: "Die Losung 'Mitteleuropa dem Deutschtum' muß zum Leitstern deutscher Gesamtpolitik werden." (DEUTSCHE ARBEIT 1912/13, S. 525). Und die Macht und Dynamik, die vom wilhelminischen Deutschland ausstrahlte, machte das deutsch-österreichische Bürgertum unwillig zu einem Kompromiß mit den Tschechen und anderen Nationalitäten der Monarchie überhaupt (KŘEN 1986).

### 3.3. Mitteleuropa vor und im Ersten Weltkrieg (1904-1918)

Am 21. Jänner 1904 wurde in Berlin unter dem Namen "Mitteleuropäischer Wirtschaftsverein" eine neue Organisation gegründet, die den Zweck verfolgte, einen *wirtschaftlichen Zusammenschluß* Deutschlands und Österreich-Ungarns, eventuell auch der Schweiz, Belgiens und der Niederlande anzubahnen. Sowohl der Deutsche Landwirtschaftsrat als auch der deutsche Bund der Industriellen lagen auf der Linie, den Mitteleuropa-Gedanken zu einer wohlkonturierten Funktion in der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik zu machen. Mit dem Begriff "Mitteleuropa" verband sich somit ein erstrangiges Ziel der deutschen Expansionspolitik.

Waren diese Pläne auch noch so sehr von deutschem Großmachtstreben getragen - bis hin zum "Griff nach der Weltmacht" -, so entbehrten sie doch nicht jedes Momentes



wirtschaftlicher Rationalität: Man konnte auf die optimale Anwendung der Wirtschaftsfaktoren verweisen, auf den *komplementären Charakter* der industriell starken deutschen Wirtschaft und des Wirtschaftslebens des östlichen Mitteleuropas mit stärkerer Landwirtschaft bzw. Rohstoffproduktion. Vor allem begann seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts der sprunghaft angestiegene Lebensmittel- und Rohstoffbedarf des sich stürmisch industrialisierenden Deutschlands gegenüber den polnischen, ungarischen, rumänischen und südslawischen Gebieten, im allgemeinen rückständige Regionen, eine enorme Sogwirkung auszuüben. Infolge der Kapitalnachfrage dieser Regionen setzte gleichsam als Gegenbewegung zur Sogwirkung eine Kapitalausfuhr aus Westeuropa, Deutschland und den österreichisch-böhmischen Ländern in die Regionen des östlichen und südöstlichen Mitteleuropas ein (vgl. Abb. 1b).

Wirtschaftliche Mitteleuropa-Pläne wurden in den Couloirs der österreichischen und deutschen Politik besonders zu Beginn des Ersten Weltkrieges erörtert. Das Herrenhaus-Mitglied Joseph Maria BAERNREITHER befürwortete "die Herstellung eines großen, freieren Marktes in Mitteleuropa", während Sektionschef RIEDL gleich eine Zollunion zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn vorschlug, dem sich die Historiker Heinrich FRIEDJUNG, Michael HAINISCH und Hans ÜBERSBERGER anschlossen.

Friedrich NAUMANN faßte - ebenfalls stimuliert durch den beginnenden Ersten Weltkrieg - diese wirtschaftlichen Vorstellungen 1915 in seinem weltweites Echo findenden Buch "Mitteleuropa" zusammen: Deutschland und Österreich-Ungarn sollten in einem "Staatenbund" mit Wirtschaftsgemeinschaft und Militärkonvention zusammenarbeiten, bei voller Respektierung der Nationalitäten und Konfessionen. Andererseits verband NAUMANN seine Mitteleuropa-Konzeption mit deutschen *Machansprüchen*, die sich im Weltkrieg nun nicht nur auf wirtschaftliche, sondern auch auf militärische Kraft stützten. Das wurde ja auch durch die Besetzung Russisch-Polens, Rumäniens, Serbiens und Montenegros durch Deutschland und Österreich-Ungarn unterstrichen. In den mitteleuropäischen Zusammenhang gehörte auch der aus wirtschaftlicher Not erforderlich gewordene Canossagang Kaiser KARLS zu Kaiser WILHELM nach Spa im Mai 1918, der eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Mittelmächten vorsah, bis zu einer Zollunion und einem neuen Zweibundvertrag. Vor diesem Hintergrund ist die Auflösung der Habsburgermonarchie seitens der westlichen Alliierten zu verstehen, weil letztere offensichtlich in Österreich-Ungarn keine mitteleuropäische Ordnungsmacht mehr sahen. Die Anerkennung des Polnischen und Tschechoslowakischen Nationalrates sowie des Jugoslawischen Ausschusses als alliierte kriegführende Mächte erfolgte daher schon im Sommer 1918 (NAUMANN 1915, S. 102-134).

#### 3.4. Die Pariser Friedensordnung und der "Cordon sanitaire" (1919-1933)

Mit der Niederlage des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns, Bulgariens und des Osmanischen Reiches im Herbst 1918 gehörten die bisherigen Mitteleuropapläne augenblicklich der Vergangenheit an. Gestalter der politischen Neuordnung Mitteleuropas in Paris 1919/20 wollten einen "*cordon sanitaire*" zwischen dem bolschewistischen Ruß-

land und dem potentiell revisionistischen Deutschland schaffen. Daher hatte Rußland die baltischen Länder, Ost- und Zentralpolen und Bessarabien, Deutschland Danzig, Westpreußen, Posen und Ost-Oberschlesien abzutreten. Die Österreichisch-Ungarische Monarchie wurde zerschlagen und neue Staaten gebildet. Vom Gebiet der ehemaligen Habsburgermonarchie erhielt die Tschechoslowakei 140.000 km<sup>2</sup>, Jugoslawien 130.000 km<sup>2</sup>, Rumänien 105.000 km<sup>2</sup>, Ungarn 92.000 km<sup>2</sup>, Österreich 84.000 km<sup>2</sup>, Polen 80.000 km<sup>2</sup> und Italien 30.000 km<sup>2</sup>, von den über 51 Millionen Einwohnern Österreich-Ungarns erhielt die Tschechoslowakei 13,6 Mio., Polen 8,2 Mio., Ungarn 7,6 Mio., Rumänien 6 Mio., Österreich 6,5 Mio., Jugoslawien 7,7 Mio. und Italien 1,4 Mio. Sowohl die Auflösung früherer territorial-wirtschaftlicher Einheiten als auch der Zusammenschluß von früher zu verschiedenen Reichen gehörenden Regionen unterschiedlichen Entwicklungsniveaus schufen eine grundlegend neuartige Situation und ließen die Nachkriegswirtschaft der Länder im östlichen Mitteleuropa nicht als einfache Kontinuität der Vorkriegswirtschaften auffassen (vgl. Abb. 2a).

Nicht nur in den neuen Staaten mit ihren neu aufzubauenden Volkswirtschaften, sondern auch bei den Siegermächten von Paris, besonders am Quai d'Orsay, wurde es bald deutlich, daß die politische Neuordnung von 1919/20 ohne eine umfassendere wirtschaftliche Konzeption große Gefahren in sich barg. Dennoch hatten Nationalökonomien wie John Maynard KEYNES Recht, wenn sie den Schöpfern des Versailler Friedenssystems vollkommenen *Mangel an wirtschaftlichen Konzeptionen* vorwarfen. Denn im wirtschaftlichen Chaos nach dem Krieg versuchten alle neuen Staaten ihre Verselbständigung zu nutzen. Da halfen weder Appelle des Obersten Alliierten Rates noch die Wirtschaftskonferenz in Genua im April 1922. Die Nachfolgestaaten begannen immer höhere Zollmauern gegeneinander zu errichten, obwohl das Aufeinander-Angewiesensein selbstverständlich weiter bestand. Lediglich der kurze wirtschaftliche Aufschwung in der Mitte der Zwanzigerjahre verschleierte die schweren strukturellen Widersprüche in Mitteleuropa (TEIČHOVA 1988).

Die ab 1927 spürbar werdende weltweite Krise der Agrarpreise und die ab 1930 mit voller Wucht einsetzende Weltwirtschaftskrise stürzten den gesamten mitteleuropäischen Raum in wirtschaftliche, soziale und politische Katastrophenlagen: Die importersetzende Industrialisierungspolitik der Agrarländer im östlichen Mitteleuropa und die agrarprotektionistischen Maßnahmen der Industriestaaten im westlichen Mitteleuropa hatten schon seit der Mitte der Zwanzigerjahre zu einer fortwährenden *Verminderung des Außenhandels* zwischen den Ländern beigetragen. Die Defizite der Zahlungsbilanzen wurden vorerst mit Hilfe großer amerikanischer, englischer und französischer Kredite überbrückt. Daraus erwuchs alsbald wegen der hohen Zinsen eine immer unerträglichere Verschuldung, ab 1931 - nach dem Zusammenbruch der für Mitteleuropa so wichtigen Wiener Creditanstalt - praktisch die Zahlungsunfähigkeit. Die USA, Großbritannien und Frankreich waren nur imstande gewesen, Kredite zu bieten, aber keinen aufnahmefähigen Markt. Als die Kredite im Zuge der Weltwirtschaftskrise nach 1931 nicht mehr verlängert wurden, mußte die Frage nach der Belebung des Außenhandels zur wichtigsten Frage des Wirtschaftslebens werden (RÁNKI 1983).

Mittleuropa 1930



Mittleuropa Mai 1941



Abb. 2a-b: Mittleuropa 1930 und 1941

In den europäischen Staatskanzleien wurden fieberhaft verschiedene *Modelle zur Neuorganisation* der mitteleuropäischen Region überlegt. Meist standen einander Modelle unter französischer bzw. deutscher Führung gegenüber:

Als im März 1931 das *Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion* bekannt wurde, dachten nicht wenige Kritiker an die Vereinbarung von Spa im Mai 1918. Massive Proteste Frankreichs und der Kleinen Entente - Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien -, sowie eine Befassung des Völkerbundes und des Internationalen Gerichtshofes im Haag verhinderten dieses Projekt. Ein *englischer* Vorschlag suchte sechs Staaten im östlichen Mitteleuropa in einer Zollunion zusammenzufassen, ein *tschechoslowakischer* (von BENES) drei und ein Vorschlag des *französischen* Ministerpräsidenten TARDIEU aus dem Februar 1932 fünf Donaustaaten: die Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien. Aber der Außenhandel untereinander hätte nur ein Drittel des gesamten Außenhandels dieser Staaten ausgemacht. Weder die Agrarländer noch die Industrieländer hätten daraus ausreichenden Nutzen gewonnen. Trotz dieser wirtschaftlichen Konstellation bestritt der ehemalige slowakische Abgeordnete im Ungarischen Reichstag, Dr. Milan HODŽA, der in den Dreißigerjahren als tschechoslowakischer Ministerpräsident mit einem Mitteleuropa-Plan hervortrat, daß Deutschland noch "Mitteleuropa" sei - "weder im Sinne der Geographie noch der Zivilisation" - und erklärte: "Deutschland ist ein Bestandteil Westeuropas." Und HODŽA definierte 1931 sein "Mitteleuropa": "Zwischen Deutschland und Rußland wächst ein neues Zentraleuropa mit seiner eigenen konstitutiven Geschichte, mit verwandten, manchmal fast gleichen Richtlinien der sozialen Entwicklung, mit den gleichen Problemen der nationalen Reunifikation und der nationalen Minderheiten, mit der gleichen zivilisatorischen Aufgabe zwischen Westen und Osten und - trotz aller Schattierungen - mit unbestreitbaren Verwandtschaften in der Zivilisation." (HODŽA 1930-1934, S. 405 ff.).

### 3.5. Hitlers "Großdeutschland" und die Ostexpansion (1933-1945)

Als HITLER an die Macht kam, wollte er nicht einfach NAUMANNs föderatives Mitteleuropa-Konzept übernehmen, sondern strebte gleich eine wirtschaftliche und politische Beherrschung des östlichen Mitteleuropas unter deutscher Führung an. In einem im Mai 1933 Hitler unterbreiteten Memorandum hieß es: "Deutschland muß den Wirtschaftsraum finden, in dem es zum herrschenden Faktor werden kann - durch seinen Unternehmungsgeist und seine organisatorische Begabung. Deutschland muß eine klare Linie durch Europa ziehen, von Norden über Nordwesten nach Südosten, es muß die Länder bezeichnen, die durch die wechselseitigen wirtschaftlichen Beziehungen wirtschaftliche Vergünstigungen erhalten." (RÁNKI 1985, S. 238). Mit dieser Konzeption wurde in den folgenden Jahren eine "Ergänzungswirtschaft" für Deutschland im Donaauraum und in Südosteuropa aufgebaut. Reichsbankpräsident Hjalmar SCHACHT legte die neue Regelung im September 1934 im sogenannten "*Neuen Plan*" fest: Außenhandel und internationaler Zahlungsverkehr des Deutschen Reiches wurden der staatlichen Lenkung unterworfen und der Außenhandel auf bilaterale Handels- und Zahlungsvereinbarungen umgestellt. Deutschland übernahm wesentliche Teile der

Überschüsse an landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen aus dem Donaauraum und lieferte andererseits die von diesen Volkswirtschaften benötigten Industrieartikel. Diese Strategie war nicht ausschließlich mit dem Nationalsozialismus verknüpft, sondern war schon 1932 zwischen der deutschen Schwerindustrie und den landwirtschaftlichen Großproduzenten festgelegt worden. Die deutsche Außenhandelsbilanz zum östlichen und südöstlichen Mitteleuropa übertraf jedenfalls schon 1937 das Volumen von 1929. Der "Anschluß" Österreichs (1938), die Einverleibung der Sudetengebiete und die Schaffung des "Protektorates Böhmen und Mähren" (1938/39) schufen schließlich eine deutsche Wirtschaftshegemonie in diesem Raum. Bereits 1939 waren die Donaustaaten im Außenhandel weitgehend vom "Großdeutschen Reich" abhängig (WENDT 1987). Der Historiker und tschechoslowakische Außenminister Kamil KROFTA hatte noch im Frühjahr 1938 Bilanz über "Zwanzig Jahre neues Zentraleuropa" zu ziehen versucht:

- In Österreich-Ungarn herrschten 22 Millionen Deutsche und Magyaren über 29 Millionen Angehörige anderer Nationalitäten. Im neuen Zentraleuropa lebten allerhöchstens 14 Millionen Einwohner in andersnationalen Staaten, und die Stellung dieser Minderheiten sei überdies unvergleichlich besser.
- Der Zerfall der Zoll- und Währungseinheit des alten Österreichs habe zwar zwischen den neuen Staaten Zollmauern entstehen lassen und der Handel würde durch zahlreiche Einfuhr- und Ausfuhrverbote erschwert; den Staaten wäre aber auch die Möglichkeit gegeben, sich aus der früheren wirtschaftlichen und finanziellen Abhängigkeit von Wien zu befreien, sich eine selbständige Währung und selbständige Industrieunternehmungen zu schaffen.
- Da nun kein Staat mehr in seinem Wirtschaftsleben schlechthin vom guten Willen eines anderen abhängig sei, wäre eine neue Ausgangslage für den Ausbau einer engeren und tieferreichenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen allen diesen Staaten geschaffen. - Freilich zeigte sich aber sehr bald, daß sich eine solche wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht ohne entsprechende Regelung der gegenseitigen politischen Beziehungen gedeihlich entwickeln konnte.
- Die Untersagung des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich sei oft als Verletzung des Grundsatzes des freien Selbstbestimmungsrechtes der Nationen bezeichnet worden, ohne daß auf die große Gefahr eines solchen Anschlusses für die Lebensinteressen anderer Staaten und Nationen hingewiesen wurde; denn der Machtzuwachs Deutschlands hätte in Europa eine kriegerische Spannung erzeugt. Andererseits sei "ein solches Untergehen Österreichs im deutschen Meer kaum ein Glück für Österreich", "das durch zahlreiche Lebensinteressen mit dem übrigen Zentraleuropa verbunden und durch seine Vergangenheit zu einer wesentlich anderen Art von politischem Leben erzogen war, als es in Deutschland gepflegt wurde". Im übrigen wäre "es aber sicher ein schwerer Verlust für das europäische Kulturleben", "wenn die geistige und künstlerische Eigenart Österreichs verschwinden sollte". "Außerdem könne sich die deutsche Bevölkerung Österreichs selber regieren, und es habe sich auch gezeigt, daß Österreich nicht nur eines selbständigen Lebens fähig war, sondern daß in seiner Bevölkerung der Wille zu einem selbständigen Leben mit der Zeit immer mehr erstarke" (KROFTA 1937/38, S. 1-11).

Die Analyse KROFTAs beschönigte zwar die Lage der Minderheiten vor 1938 und unterschätzte die wirtschaftlichen Probleme aller Nachfolgestaaten. Sein Weitblick in der Hervorhebung der besonderen Rolle Österreichs muß dennoch anerkannt werden. Nach HITLERs Konzeption aber sollte ein neues, unter deutscher Vorherrschaft vereintes Mitteleuropa entstehen, dessen "eiserner Kern" das Großdeutsche Reich bilden sollte, umgeben von Vasallenstaaten am östlichen und südöstlichen Rand. Österreich und die böhmischen Länder gehörten nach diesen Vorstellungen zum Kern des projektierten Großdeutschen Reiches. Ein Teil der Tschechen sollte hierbei nicht germanisiert, sondern aus dem neuen Mitteleuropa ausgesiedelt werden. Unter Ausnützung der sudetendeutschen Frage gelang HITLER tatsächlich die Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates, nachdem England und Frankreich das Versailler System in der Illusion aufgegeben hatten, dadurch einen gefährlichen politischen Brennpunkt in Mitteleuropa zu beseitigen (vgl. Abb. 2b).

Nach dem Sieg über Frankreich 1940 schritt das deutsche Wirtschaftsministerium an die wirtschaftliche Neuordnung ganz Europas, um "den übersteigerten Kapitalismus des Westens und den unfruchtbaren Marxismus des Ostens in einer neuen Synthese zu überwinden". Die tatsächliche Praxis der deutschen Großraumwirtschaft wurde freilich letzten Endes durch die deutschen Kriegsmaschinerie gestaltet, die bis 1944 in den besetzten wie verbündeten Ländern deren wirtschaftliche und soziale Ausbeutung sicherte. Denn nach der HITLER'schen Lebensraum-Konzeption war für die Länder im östlichen Mitteleuropa und in Südosteuropa nur totale politische und wirtschaftliche Kolonialisierung vorgesehen. Das nationalsozialistische Regime schuf mit seiner bis zum äußersten gesteigerten Machtausübung selbst die historischen Umstände zur Beseitigung der deutschen Hegemonie im östlichen Mitteleuropa. Die Hauptleidtragenden waren neben Millionen Polen, Juden, Tschechen, Slowaken, Magyaren, Rumänen, Zigeunern, Slowenen, Kroaten, Serben, Bulgaren und Griechen auch Millionen Deutsche, die bei Kriegsende vertrieben und ausgesiedelt wurden.

### 3.6. Die Teilung Mitteleuropas nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1989)

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verschwand der Mitteleuropa-Gedanke für mehrere Jahrzehnte aus der politischen und wirtschaftlichen Diskussion. Nachdem die Integrationsrolle Österreichs schon mit dem Ende des Ersten Weltkrieges der Vergangenheit angehört hatte, modifizierte die totale Niederlage Hitlerdeutschlands auch die mitteleuropäische Rolle des nunmehr geteilten Deutschland von Grund auf (vgl. Abb. 3).

Auch die alte kulturelle Aufteilung des Kontinents - romanisch, germanisch, slawisch - verlor ebenso ihre Basis wie die aus dem politischen System und der Gesellschaftsstruktur abzuleitende, wie etwa: parlamentarische Demokratie im Westen, halbliberal-halbautokratisches System in Mitteleuropa, Autokratie im Osten. Entscheidende Tatsache war vorerst, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion bis zur Mitte Europas vorgedrungen waren und sich an der Elbe und an der Enns die Hand gereicht hatten. Auf beiden Seiten wurde es bald spürbar, daß sich östlich und westlich

dieser Mittellinie eine unterschiedliche und vorwiegend von den U.S.A. und der UdSSR bestimmte Entwicklung entfalten werde, und zwar nicht nur im politischen und ideologischen, sondern auch im wirtschaftlichen und sozialen Sinn.

Zwischen 1945 und 1955 schien es, daß die relative Selbständigkeit und die spezifischen Züge Mitteleuropas in Anbetracht der gewaltigen Kräfte des Ostens und des Westens verblassen, ja vollkommen verschwinden würden. Der bekannte polnische Historiker Oskar HALECKI warnte zwar in einem bald nach 1945 geschriebenen Buch vor dieser Vereinfachung, auch wenn er die vollkommene Einschmelzung der Bundesrepublik Deutschland in die Atlantische Gemeinschaft akzeptierte, indem er "East Central Europe" - den Gebieten zwischen der Elbe und der Sowjetunion - durchaus noch einen selbständigen Charakter zumaß. Aber die "Volksdemokratisierung" und die "Kollektivierung" duldeten sehr bald keine Unterschiede mehr, während andererseits der Kalte Krieg die Dichotomie zwischen Ost und West vertiefte (HALECKI 1950).

Bereits der Sonderweg Jugoslawiens ab 1948, mehr noch die Aufstände in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) 1953, in Polen und Ungarn 1956, nicht zuletzt die Entwicklung des "Prager Frühlings" 1968 schienen HALECKI - trotz des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe und des Warschauer Paktes - Recht zu geben. Auch die Wiederherstellung der vollen Souveränität Österreichs 1955 stellte ein kräftiges Lebenszeichen für ein Weiterbestehen Mitteleuropas dar. Und der britische Osteuropa-

Mittleuropa 1980



Abb. 3: Mitteleuropa 1980

Historiker Hugh SETON-WATSON widersprach 1971 ganz deutlich der Anschauung über das vollkommene Verschwinden Mitteleuropas: "Mir scheint Westeuropa heutzutage die westlich der Linie Lübeck-Triest liegenden Länder zu umfassen. Die Länder zwischen dieser Linie und der Westgrenze der Sowjetunion bilden Mitteleuropa. Und der Ausdruck Osteuropa - wenn er überhaupt benutzt werden kann - kann nur auf die europäischen Gebiete der Sowjetunion angewendet werden. Unterscheidet sich West-Mitteleuropa nicht mehr wesentlich von Westeuropa, so blieb Ost-Mitteleuropa heute allein als Mitteleuropa." (SINANIAN et al. 1972, S. 9).

Mit dem Wiedererstarken der Bundesrepublik Deutschland als Wirtschaftsmacht erster Ordnung und dem Beginn ihrer neuen Ostpolitik seit Beginn der Siebzigerjahre begann diese strenge Teilung freilich wieder zu verschwimmen. Die rasche Zunahme des Exportes von Industriegütern deutete nämlich darauf hin, daß der komplementäre Charakter des deutschen, italienischen und österreichischen Exports und des Imports des östlichen und südöstlichen Mitteleuropas offensichtlich fortbestand. Diese Volkdemokratien benötigten nun die moderne Technologie für den Übergang von der extensiven zur intensiven Industrialisierung. Interessanterweise spielten im Export dieser Länder gerade in die Bundesrepublik Deutschland (BRD), nach Italien und Österreich, Lebensmittel und Rohstoffe (z.B. Holz) noch immer eine stärkere Rolle als in der sonstigen Exportstruktur. Allen drei Staaten kommen hierbei die relativ niedrigen Transportkosten und die mit den Märkten im östlichen Mitteleuropa vertrauteren Fachleute, sowie traditionelle historische und kulturelle Beziehungen zugute.

Allerdings gibt es wesentliche Unterschiede zu den Dreißigerjahren: Mit Abstand größter Handelspartner der Staaten des östlichen Mitteleuropas ist bis heute die Sowjetunion, auf deren Rohstoffe wie auf deren Markt die neuen pluralistischen Demokratien zum Teil angewiesen sind. Die Bundesrepublik Deutschland, Italien und Österreich treten dagegen nicht nur als Industrieartikel-Exporteure auf, sondern auch als Kreditgeber und Kooperativeure. Dies sind summa summarum doch wieder Hinweise, daß raumbezogene Wirtschaftsfaktoren immer wieder zum Vorschein kommen, und daß die mitteleuropäische Region nicht dauerhaft erfolgreich sein kann, wenn sie sich nicht an dem wirtschaftlichen Erfolg der Staaten des westlichen Mitteleuropas orientiert.

Die Mitteleuropa-Idee hat als *geopolitische Zielsetzung* in der Geschichte immer wieder versagt, denn diese Konzeption bedeutete stets eine Herausforderung an die europäischen Kräfteverhältnisse, vor allem wenn sie zu einem Mittel der Hegemoniepolitik gegenüber den kleineren mitteleuropäischen Nationen gemacht wurde. *Wirtschaftlich und sozial* hat Mitteleuropa dagegen lange Zeit existiert und existiert auch heute wieder - trotz Verflechtungen im Welthandel und in den Europäischen Gemeinschaften (EG). Wer wollte daher leugnen, daß in historischer, ideologischer, kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht objektive Grundlagen vorhanden sind, die im breiteren Rahmen der europäischen Staatenwelt und der Vereinten Nationen diese Konzeption funktionell interpretierbar machen?



Wenn in den achtziger Jahren der Gedanke von einer gewissen Zusammengehörigkeit Mitteleuropas immer wieder auftaucht, so kann dies nicht bloß als Wegsuche ruheloser Intellektueller bezeichnet werden. Denn diese Zusammengehörigkeit und das Aufeinanderangewiesensein der mitteleuropäischen Staaten haben trotz der jahrzehntelangen Zweiteilung Mitteleuropas und des Nationalismus der kleinen Staaten sich immer wieder bestätigt. Der von der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ausgelöste Prozeß und der eben sich vollziehende politisch-ideologische Umbruch im östlichen Europa haben die geopolitische Teilung Mitteleuropas erfreulicherweise beseitigt.

#### 4. AUSBLICK

Zeichnet sich nun angesichts der Eingliederung der Gebiete der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik Deutschland ein *newes Mitteleuropa unter deutscher Hegemonie* ab? Die Bedingungen sind zweifellos andere als vor 80 oder 50 Jahren:

1. Auch ein politisch geeintes Deutschland wird in politisch-militärische Bündnisse eingebunden bleiben - in atlantische (NATO) wie in gesamteuropäische (KSZE).
2. Ein wirtschaftlich geeintes Deutschland kann zweifellos eine wirtschaftliche Vormacht in Europa werden - wie Japan in Ostasien und die U.S.A. in Amerika -, aber eine in die EG eingeordnete, die als solche die wichtige Funktion einer Modernisierungs- und Konjunkturlokomotive wahrnehmen kann. Insoferne wird die deutsche Wirtschaftskraft auch den Volkswirtschaften des übrigen Mitteleuropas sehr zugute kommen.
3. Schließlich ist auf eine wesentliche Veränderung im kultur- und mentalitäts-politischen Bereich hinzuweisen: Der ehemalige Anspruch einer Überlegenheit der deutschen Kultur ist mit der Katastrophe von 1945 wohl begraben worden. Die Neugestaltung der kulturellen Zusammenarbeit in Europa ist im übrigen ebenfalls im KSZE-Prozeß geregelt.

Über die Rolle des neuen Deutschland hinaus haben auch die anderen Staaten des westlichen Mitteleuropas - Italien, Österreich, Schweiz, Liechtenstein, Beneluxländer - wesentliche Kooperationsaufgaben für Politik, Wirtschaft und Kultur des östlichen Mitteleuropas wahrzunehmen. Insgesamt zeichnen sich daher für Mitteleuropa heute durchaus *erfreuliche Trends* ab:

- a) der Rückzug der Armeen der Weltmächte, womit eine unmittelbare Angriffsfähigkeit der beiden Militärbündnisse entfällt;
- b) der Ausbau der politischen Systeme des östlichen Mitteleuropas zu pluralistischen Demokratien, eingeleitet mit allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlen;
- c) die Umgestaltung zu marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften mit der Übernahme von westlichem Know-How;

- d) die Umgestaltung der Rechtssysteme in den Staaten des östlichen Mitteleuropas von den Verfassungen bis zum Wirtschaftsrecht und
- e) das Bewußtsein eines kulturellen Aufeinanderbezogenseins und einer sozialen Zusammengehörigkeit in Mitteleuropa.

Den Intellektuellen fällt hierbei die verantwortungsvolle Aufgabe zu, bei aller kritischen Wertung der Geschichte diese positiven Trends in jeder nur denkbaren Weise zu verstärken.

## 5. ZUSAMMENFASSUNG

Obwohl Mitteleuropa bereits seit dem 10. Jahrhundert zwischen Orient und Okzident zu entstehen begann, gehörte es lange Zeit eher zum lateinischen Westen als zum byzantinischen Osten. Wesentliche Strukturelemente wie Stadtrechte, klösterliche Kultur, Freibauern, römisches Recht, Universitäten und agrarische Revolution verbanden Mitteleuropa bis in die frühe Neuzeit mit Westeuropa, ebenso die Ausbreitung von Reformation, Gegenreformation und fürstlichem Absolutismus.

Der Begriff "Mitteleuropa" entstand in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vor allem in Verbindung mit Plänen zur Schaffung eines deutschen Zollvereins. Alternative Pläne der österreichischen Politiker SCHWARZENBERG und BRUCK konnten sich demgegenüber nicht durchsetzen. Die kleindeutsche Lösung von 1866/71 spaltete vorerst Mitteleuropa, führte es aber politisch mit dem Zweibund von 1879 wieder zusammen. In der Phase der Hochindustrialisierung und der zunehmenden Marktwirtschaft wurde die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn immer intensiver, freilich nicht immer zum Wohl der österreichischen Exportindustrie. Ab Beginn des 20. Jahrhunderts begann ein "Mitteleuropäischer Wirtschaftsverein" von Berlin aus einen Mitteleuropablock zu propagieren, der von F. NAUMANN 1915 in einem programmatischen Buch starke Verbreitung fand. Mit der Niederlage der Mittelmächte ging die Initiative zur Neuordnung Mitteleuropas auf Frankreich und seinen "Cordon sanitaire" über, allein sie war trotz massiver Kapitaleinsätze nicht in der Lage, eine Neuordnung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu schaffen. So übernahm in den 1930er Jahren wieder Deutschland die führende wirtschaftliche Rolle in Mitteleuropa, die vom Nationalsozialismus sehr rasch auch zu einer neuen politischen Hegemonie ausgestaltet wurde. Und die militärischen Erfolge HITLERS degradierten zwischen 1938 und 1941 alle Staaten des östlichen und südöstlichen Mitteleuropas zu Satellitenstaaten, die zumeist auch in den Großkrieg gegen die Sowjetunion hineingezogen wurden.

Die Niederlage des "Großdeutschen Reiches" 1945 bedeutete die vorläufige Teilung und Auflösung Mitteleuropas zwischen Ost und West. Immerhin waren auch in der Phase des "Kalten Krieges" auch einige mitteleuropäischen Sonderwege erkennbar: Jugoslawien 1948, DDR 1953, Österreich 1955, Polen 1956, Ungarn 1956, Tschechoslowakei 1968. Die neue Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland ab 1970, die rasche Zunahme der kreditunterstützten Exporte von Industriegütern aus dem westlichen in das

östliche Mitteleuropa und der beginnende Kultur- und Wissenschaftsaustausch über den "Eisernen Vorhang" hinweg, ließen wieder alte Verbindungslinien deutlich werden. Auch wenn die Mitteleuropa-Idee als geopolitische Zielsetzung immer wieder versagt hat, so sind wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenhänge gegeben, die ein Aufeinanderbezogensein in Mitteleuropa erkennen lassen. Die Öffnung der Grenzen, die Etablierung neuer demokratisch-pluralistischer Regime, die Anpassung an die westliche Marktwirtschaft, die Umgestaltung der Rechtssysteme und der Rückzug der beiden Militärpakte ergeben - eingebettet im europäischen Rahmen - auch neue Möglichkeiten der neuen politischen Gestaltung in Mitteleuropa.

## 6. LITERATURVERZEICHNIS

- ANDERSON P. (1979), Die Entstehung des absolutistischen Staates. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt a.M.
- BENZ W., GRAML H. (1983), Europa nach dem Zweiten Weltkrieg (= Fischer-Weltgeschichte, Bd. 35). Fischer-Verlag, Stuttgart.
- BEREND I.T. (1986), The crisis zone of Central Europe. An interpretation of East-Central European history in the first half of the twentieth century. Cambridge University Press, Cambridge etc.
- BIDLO J. (1934), Ce qu'est l'histoire de l'Orient européen. In: Bulletin d'Information des Sciences historiques en Europe orientale, 6, S. 11-73.
- BOSL K. (1978), Europa im Mittelalter. Weltgeschichte eines Jahrtausends. 2. Auflage. Gondrom-Verlag, Bayreuth.
- BROCKHAUSEN C. (1924), Europa 1914 und 1924. Bild und Gegenbild. Wiener Literarische Anstalt, Wien.
- BUSEK E., BRIX E. (1986), Projekt Mitteleuropa. Ueberreuter, Wien.
- BUSEK E., STOURZH G. (Hrsg.) (1990), Nationale Vielfalt und gemeinsames Erbe in Mitteleuropa. Verlag für Geschichte und Politik, Oldenburg-Wien-München.
- CSÁKY M. (1990), Donauregion-Mitteleuropa. Die historischen Wurzeln einer kulturellen Übereinstimmung. In: LUDWIG S., BOHATSCH C. (Hrsg.), Chancen für den Donaunum. Krenn/Donau.
- DEÁK I. (1979), The Lawful Revolution. Louis Kossuth and the Hungarians, 1848-1849. Columbia University Press, New York.
- EVANS R.J.W. (1986), Das Werden der Habsburgermonarchie 1550-1700. Gesellschaft, Kultur, Institutionen. Böhlau-Verlag, Wien-Köln-Graz.
- GROSS M. (1985), Počeci moderne Hrvatske. Neoposlutizam u civilnoj Hrvatskoj i Slavoniji 1850-1860. Globus-Verlag, Zagreb.
- HALECKI O. (1950), The Limits and Divisions of European History. Sheed & Ward, London, New York.
- HALECKI O. (1957), Europa. Grenzen und Gliederung seiner Geschichte. Verlag der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft, Darmstadt.
- HANÁK P. (1984), Ungarn in der Donaumonarchie. Probleme der bürgerlichen Umgestaltung eines Vielvölkerstaates. Verlag für Geschichte und Politik, Wien.
- HANÁK P. (1988), Schöpferische Kraft und Pluralität in der mitteleuropäischen Kultur. Rede zur Eröffnung der Salzburger Festspiele 1988. In: Salzburger Festspiele 1988. Offizielles Programm, S. 25-35.
- HERTZ F. (1947), The Economic Problem of the Danubian States. Victor Gollancz Ltd., London.

- HOBSBAWN E.J. (1989), *Mitteleuropa, Politik und Kultur. Heimweh nach Kakanien und die vergessene Gegenwart*. In: *Wiener Tagebuch*, 11, S. 17-19.
- HODŽA M. (1930-34), *Nová Sfédní Evropa* (Das Neue Mitteleuropa). In: HODŽA M. (Hrsg.), *Články, řeči a štúdie* (Aufsätze, Reden und Studien). Praha.
- JAWORSKI R. (1988), Die aktuelle Mitteleuropadiskussion in historischer Perspektive. In: *Historische Zeitschrift*, 247, S. 529-550.
- KAISER D.E. (1980), *Economic Diplomacy and the Origins of the Second World War. Germany, Britain, France and Eastern Europe, 1930-1939*. Princeton University Press, Princeton, N.J.
- KANN R.A., DAVID Z.V. (1984), *The Peoples of the Eastern Habsburg Lands, 1526-1918*. University of Washington Press, Seattle and London.
- KARAMAN I. (Hrsg.) (1980), *Enciklopedija hrvatske povijesti i kulture*. Školska knjiga, Zagreb.
- KASER M.C., RADICE E.A. (Hrsg.) (1985-88), *The Economic History of Eastern Europe 1919-1975*. 3 Bde. Clarendon Press, Oxford.
- KEYNES J.M. (1920), *The Economic Consequences of the Peace*. Macmillan, London.
- KOCH K. (1989), Österreich und der Deutsche Zollverein (1848-1871). In: *Die Habsburgermonarchie 1848-1918*, Bd. VI/1, S. 537-560. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien.
- KROENER B.R., MÜLLER R.-D., UMBREIT H. (1983), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*. Bd. 5: *Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs*. 1. Halbbd.: *Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939-1941*. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.
- KROFTA K. (1937/38), *Zwanzig Jahre neues Zentraleuropa*. In: *Prager Rundschau*, S. 1-11.
- KŘEN J. (1986), *Nationale Selbstbehauptung im Vielvölkerstaat: Politische Konzeptionen des tschechischen Nationalismus 1890-1938*. In: *Integration oder Ausgrenzung. Deutsche und Tschechen 1890-1945*. Verlag Donat & Temmen, Bremen.
- KURAL V. (1986), *Deutsche Besatzung und tschechische Reaktion 1939-1945*. In: *Integration oder Ausgrenzung. Deutsche und Tschechen 1890-1945*. Verlag Donat & Temmen, Bremen.
- LUTZ H., RUMPLER H. (Hrsg.) (1982), *Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Probleme der politisch-staatlichen und soziokulturellen Differenzierung im deutschen Mitteleuropa*. Verlag für Geschichte und Politik, Wien.
- LUTZ H. (1985), *Zwischen Habsburg und Preußen. Deutschland 1815-1866*. Siedler-Verlag, Berlin.
- MACEK J. (1984), *Histoire de la Bohême de la origines à 1918*. Fayard, Paris.
- MAKKAI L. (1970), *Les Caractères originaux de l'histoire économique et sociale de l'Europe orientale pendant le Moyen Age*. In: *Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae*, 16, S. 263-292.
- MATUZ J. (1985), *Das Osmanische Reich. Grundlinien seiner Geschichte*. Verlag der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft, Darmstadt.
- MEYER H.C. (1955), *Mitteleuropa in German Thought and Action 1815-1945*. Martinus Nijhoff-Verlag, Den Haag.
- MITROVIC A. (1977), *Ergänzungswirtschaft: The Theory of an integrated economic area of the Third Reich and Southeast Europe (1933-1941)*. In: *The Third Reich and Yugoslavia 1933-1945*. Ed. Institute for Contemporary History. Kulturs-Verlag, Belgrade, S. 7-45.
- MIYAKE M. (1964/65), J.M. Baernreither and "Mitteleuropa". In: *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs*, 17/18, S. 359-398.
- NAUMANN F. (1915), *Mitteleuropa*. Georg Reimer-Verlag, Berlin.

- PLASCHKA R., KLINGENSTEIN G. et al. (1985), Österreich im Europa der Aufklärung. Kontinuität und Zäsur in Europa zur Zeit Maria Theresias und Josephs II. 2 Bde. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien.
- PLASCHKA R., MACK K. (Hrsg.) (1970), Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum. Verlag für Geschichte und Politik, Wien.
- POLÍŠENSKÝ J. (1971), Der Krieg und die Gesellschaft in Europa 1616-1648. Academia-Verlag, Praha.
- Présence de l'Europe Centrale. Le colloque de Daino (1983), In: *Cadmos* 6, 23-24, S. 1-167.
- PURŠ J., KROPILÁK M. (Hrsg.) (1982), *Přehled dějin Československa, I/2 (1526-1848)*. Academia-Verlag, Praha.
- RÁNKI G. (1983), *Economy and Foreign Policy, 1919-1939*. Columbia University Press/Boulder, New York.
- RÁNKI G. (1985), Der ökonomische Hintergrund des "Mittel-Europa". In: MAURANEN T. (Hrsg.), *Economic development in Hungary and in Finland, 1860-1939*. Helsinki, S. 221-253.
- RUMPLER H. (1972), *Die deutsche Politik des Freiherrn von Beust 1848-1850*. Böhlau-Verlag, Wien-Köln-Graz.
- SCHLENKE M. (Hrsg.) (1986), *Preußen. Politik, Kultur*. Rowohlt-Verlag, Reinbek bei Hamburg.
- SCHUMANN W. (1973), *Griff nach Südosteuropa*. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin.
- SETON-WATSON H. (1946), *Eastern Europe between the Wars 1918-1941*. 2. Auflage. Cambridge University Press, Cambridge.
- SINANIAN S., DEÁK I., LUDZ P. (Hrsg.) (1972), *Eastern Europe in the 1970s*. Praeger-Verlag, New York.
- STOURZH G. (1985), *Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848-1918*. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien.
- STOURZH G. (1985), *Geschichte des Staatsvertrages 1945-1955. Österreichs Weg zur Neutralität*. 3. Auflage. Styria-Verlag, Graz-Wien-Köln.
- SZÜCS J. (1983), The Three Historical Regions of Europe. In: *Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae*, 29, S. 131-184.
- SZÜCS J. (1985), *Les trois Europes (= Domaines danubiens, 2)*. Paris.
- TEICHOVA A., COTTRELL P.L. (1983), *International Business and Central Europe, 1918-1939*. Leicester University Press - St. Martin's Press, Leicester-New York.
- TEICHOVA A. (1988), *Kleinstaat im Spannungsfeld der Großmächte*. Verlag für Geschichte und Politik, Wien.
- TOPOLSKI J. (1985), *Die Geschichte Polens*. Verlag Interpress, Warszawa.
- WALLERSTEIN I. (1974), *The Modern World System. Capitalist Agriculture and the Origins of the European World Economy in the Sixteenth Century*. Academic Press, New York-San Francisco-London.
- WEBER M. (1958), *Gesammelte politische Schriften*. 2. Auflage. J.C.B. Mohr-Verlag, Tübingen.
- Weltherrschaft im Visier*. (1975) Ed. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin.
- WENDT B.-J. (1987), *Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes*. dtv., München.
- WINKLER W. (1931), *Statistisches Handbuch der europäischen Nationalitäten*. Braumüller-Verlag, Wien.
- WOLFRAM H. (1987), *Die Geburt Mitteleuropas. Geschichte Österreichs vor seiner Entstehung 378-907*. Verlag Kremayr & Scheriau, Wien.

## 7. SUMMARY

### Arnold Suppan: The term "Central Europe" (Mitteleuropa) in the context of political change since the beginning of the nineteenth century

Although Central Europe began to be recognisable between East and West as early as the tenth century, for most of the time it has belonged more to the latin west than to the byzantine east. Essential structural elements, such as town charters, monastic culture, independent peasantry, Roman law, universities and agrarian revolution bound Central Europe until early modern times with western Europe, as did the spread of the Reformation, the Counter-Reformation and the doctrine of aristocratic absolutism.

The term "Central Europe" developed in the first half of the nineteenth century, especially in connection with plans to form a German customs union. Alternative plans of the Austrian politicians SCHWARZENBERG und BRUCK were not able to compete with this. The outcoming hegemony of the Prussian oriented German Reich as the alliance between Austria and Germany 1866-71 first of all split Central Europe, but was eventually reunited by the "Zweibund" of 1879. During the time of the Industrial Revolution and the developing market economy, economic cooperation between the German Reich and the Austro-Hungarian Empire became more and more important, though not always to the advantage of the Austrian export industry. After 1900, a "Central European Economic Union" based in Berlin began to propagate the idea of a Central European block, an idea strongly promulgated in the well known book by Friedrich NAUMANN in 1915.

With the fall of the German-Austrian axis after the end of World War I the initiative for the reorganisation of Central Europe went to France and its "Cordon sanitaire", but in spite of massive capital investment, it was not possible to create a new system of economic cooperation. In the 1930s, Germany once again took over the leading economic role in Central Europe, a role which, backed by National Socialism, quickly led to a new political hegemony. HITLER's military success between 1938 and 1941 reduced all the countries of east and south-east Europe to the status of satellite states, which were also dragged into the greater conflict with the Soviet Union. The defeat of Germany in 1945 meant the dissolution of Central Europe and its partitioning between East and West according to the new political map of Europe divided by the so called "Iron Curtain" in the phase of the Cold War. The new "Ostpolitik" of the Federal German Republic after 1970, the rapid increase of credit-subsidised exports of industrial goods from western to eastern Central Europe, and the new cultural and scientific exchange links across the Iron Curtain made the traces of former links once again clearly apparent. But even if the idea of Central Europe as a geopolitical goal has failed again and again, there are nevertheless economic, social and cultural connections which indicate the continuing existence of a specific Central European network. The opening of frontiers, the establishment of new democratic regimes, adjustment to the western market economy, the reorganisation of legal systems and the decline of both military pacts are resulting in new possibilities for political development in Central Europe.

# ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische  
Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitteilungen der  
Österreichischen Geographischen](#)

Gesellschaft

Jahr/Year: 1990

Band/Volume: 132

Autor(en)/Author(s): Suppan Arnold

Artikel/Article: Der Begriff "Mitteleuropa" im  
Kontext der geopolitischen Veränderungen  
seit Beginn des 19. Jahrhunderts 192-213